V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die Sitzung des Gemeinderates Pfarrkirchen bei Bad Hall am Freitag, den 3. Juli 2015, um 19.00 Uhr, im Sitzungszimmer der Gemeinde.

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.00 Uhr

anwesend: 1) Bgm. Herbert Plaimer als Vorsitzender;

2) Vbgm. Alfred Jungwirth, Sieglinde Prihoda, Wolfgang Knogler, Eva Maria Hütmeier und Kornelia Haselsteiner;

3) GRM. Peter Prihoda, Klaus Georg Grillmayr, Sabine Plaimer, Jürgen Irkuf, Franz Irkuf, Herta Jungwirth, Sieglinde Prihoda sen., Gertraud Hinterberger, Gerhard Neudecker, Rosmarie Straßmayr, Heinz Straßmayr, Edward Daubner, Heimo Kahr; Ing. Marianne Daubner, Dipl.-Ing. Gerhard Deimek;

4) die EM. Manuela Knogler, Karl Hiesmayr-Dorfer, Kury Alois, Elfriede Lindner;

abwesend: GVM. Alfred Fischereeder; GRM. Ing. Jürgen Hausmann, Gertraud Hinterberger, Sabine Knoll, Ing. Johann Gruber;

T a g e s o r d n u n g :

- 1) Ansuchen um Abänderung des rechtskräftigen Flächenwidmungsplanes:
 - a) Leopold u. Stefanie Lichtenberger, Schierlehnerstraße 1;
 - b) Markus Huber, Pointnerstraße 1;
- 2) Vertrag mit Fa. Schmidt, Gebäudereinigung, 4910 Ried/Innkreis – Kündigung;
- 3) Gemeindekooperationen Kurbezirk Bad Hall – Grundsatzbeschluss;
- 4) Bausache Ernst Hiesmayr, Ranwallnerstraße 43 – Berufung gegen die nachträgliche Baubewilligung zur Erweiterung der bestehenden Bienenhütte;
- 5) Sanierung der Fassade beim Schulturnsaal Pfarrkirchen – Auftragsvergabe;
- 6) Heidbauern-Zufahrtsstraße – Übernahme in das Öffentliche Gut;
- 7) Grundangelegenheit Wieseranger – Auflassung der Öffentl. Wegparzelle Nr. 501/1 KG. Möderndorf;
- 8) Allfälliges.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigungen hiezu gemäß vorliegendem Zustellnachweis an alle Gemeinderatsmitglieder rechtzeitig und schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte erfolgt sind und
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Bürgermeister bestimmt AL. Franz Kaip zum Schriftführer dieser Sitzung.

TOP 1) Ansuchen um Abänderung des rechtskräftigen Flächenwidmungsplanes:

Bericht: Bgm. Plaimer

- a) Leopold u. Stefanie Lichtenberger, Schierlehnerstraße 1;

Wir haben beim Pkt. 1 noch eine kleine Ergänzung dazugegeben. Aufgrund der Mitteilungen, die wir in der Gemeindebundzeitung gelesen hat und den neuen gesetzlichen Möglichkeiten wurde der letzte Absatz im Amtsvortrag hinzugefügt (war bei den Fraktionssitzungen daher noch nicht dabei!).

In der Angelegenheit Flächenwidmung „Lichtenberger“ wurde fachlicher Einwand erhoben. Die beabsichtigte Wohngebietswidmung ist als Erweiterung eines Siedlungssplitters in einem vornehmlich agrarisch geprägten Naturraum zu qualifizieren und daher zur Vermeidung einer weiteren Zersiedelung und zur Vermeidung von Nutzungskonflikten mit den bestehenden land- und forstwirtschaftlichen Betrieben fachlich eindeutig abzulehnen. Die Stellungnahmen der Fachbereiche Naturschutz sowie Land- und Forstwirtschaft untermauern diese Beurteilung. Von der Abteilung Raumordnung wird auch noch auf die kritische Stellungnahme der Abteilung Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr betreffend der dezentralen Lage des Planungsgebietes und der daraus resultierenden Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr hingewiesen.

Nach Abschluss des Stellungnahmeverfahrens hat der OÖ. Landtag in seiner Sitzung im Mai 2015 das OÖ. Raumordnungsgesetz novelliert und die Novelle soll Anfang Juli bzw. August in Kraft treten. In der OÖ. Gemeindezeitung wird von der neuen Novelle des OÖ. ROG berichtet. U.A. wird LR Strugl zitiert: „Wenn wir nicht wollen, dass die Menschen aus dem ländlichen Raum in die Ballungszentren abwandern, dann müssen wir dafür sorgen, dass beispielsweise junge Familien genügend Bauland vorfinden, um sich in den Regionen anzusiedeln. Damit es aber weiterhin möglich sei, dass genügend Wohnraum im ländlichen Raum geschaffen werde, sehe das neue Raumordnungsgesetz vor, dass bei bestehenden Siedlungskörpern und vorhandener technischer Infrastruktur sinnvolle Abrundungen und Auffüllungen möglich sind.“

Im konkreten Fall geht es nicht darum dass jeglicher Baubestand erweitert wird. Mit Erstellung des 1. Flächenwidmungsplanes der Gemeinde wurde der Siedlungssplitter als Wohngebiet ausgewiesen und es wurde in den weiteren Überarbeitungsverfahren diese Widmungen bestätigt. Die Wohnobjekte werden von Personen unterschiedlichen Alters bewohnt.

Die nunmehrige Neuwidmung von ca. 1.500 m² erscheint deshalb der Gemeinde als gerechtfertigt und im Sinne der neuen Raumordnungsnovelle, weil die Absiedlung einer jungen Familie verhindert werden kann. In Anerkennung aller aufgezeigten Einwände im Stellungnahmeverfahren gibt die Gemeinde zu Bedenken, dass durch die Neuwidmung die vorhandene Infrastruktur (Wasser, Kanal) besser genutzt wird (u.a. Einnahmen der Gemeinde durch Vorschreibung der Anschlussgebühren und der Benützunggebühren). Das angrenzende bereits bebaute Grundstück könnte arrondiert werden und die Bewirtschaftung des landw. genutzten Grundstückes wird durch die Gradlinigkeit der Grundstücksgrenze optimiert.

Im 100 m Bereich des neuen Grundstückes befindet sich eine Haltestelle für den öffentlichen Verkehr in Richtung Kirchdorf und Bad Hall, Rohr, Steyr.

Der tägliche Bedarf an Lebensmittel kann auch im Ortszentrum nicht ausreichend gedeckt werden und es werden die Supermärkte der Nachbargemeinden Bad Hall und Wartberg/Krems frequentiert. Es ist also eine Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr für die Bevölkerung von Pfarrkirchen unabhängig vom peripheren Bereich oder im Ortszentrum gegeben.

Weitere soziale Dienste müssen aufgrund der bestehenden Siedlung bereits organisiert und der Bedarf gedeckt werden. Es entstehen also keine Mehrkosten für die Altenbetreuung, Kindergarten- und Schulfreifahrt. Vielmehr wird durch die Genehmigung der Umwidmung die Möglichkeit geschaffen, dass sich die Tochter im Bedarfsfall um ihre Eltern kümmern kann, bzw. die Eltern für die Kinderbetreuung im Nahbereich sind. Außerdem besteht die Absicht auf selbständige Erwerbstätigkeit im Rahmen des Wirtschaftszweiges Beratung und Planung von Inneneinrichtungen.

Die Gemeinde erhält durch die selbstständige Tätigkeit Kommunalsteuer.

Bei der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes und dem Örtlichen Entwicklungskonzept im Jahre 2012 war diese familiäre Sicht der Zukunft noch nicht bekannt und konnte daher nicht berücksichtigt werden. Nunmehr beabsichtigt die Familie Michael Lenz und Dagmar Lichtenberger (Tochter der Ehegatten Leopold u. Stefanie Lichtenberger) ihre Zukunft durch selbstständige Erwerbstätigkeit vom

Wohnort Pfarrkirchen aus zu gestalten. Durch die Widmung einer Bauparzelle aus dem landwirtschaftlichen Besitz könnten auch die Eltern ihre Tochter bei diesem Start ins Erwerbsleben und Familienleben (Herr Lenz und Frau Lichtenberger sind vor einigen Monaten Eltern einer Tochter geworden) tatkräftig unterstützen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge entgegen dem Ergebnis des Vorverfahrens beschließen, dass die beantragte Fläche als Wohngebiet mit dem Hinweis auf die dargelegten Argumente gewidmet werden soll.

Bgm. Plaimer:

Die Vorgehensweise ist wie bekannt, wir werden den Antrag wieder an die Raumordnungsbehörde zur endgültigen Begutachtung übermitteln, in der Hoffnung, dass es keine Versagungsgründe geben wird und soll. Wenn wir Versagungsgründe mitgeteilt bekommen, wird die ganze Angelegenheit noch etwas schwieriger.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass entgegen dem Ergebnis des Vorverfahrens beschließen, dass die beantragte Fläche als Wohngebiet mit dem Hinweis auf die dargelegten Argumente gewidmet werden soll.

b) Markus Huber, Pointnerstraße 1;

Selbiges Thema. Wir haben uns nicht das erste Mal im Gemeinderat mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Wegen der landwirtschaftlichen Herkunft des Gebäudes der Liegenschaft Sturmbergerstraße 2 (Eigentümer Markus Huber) musste im Jahre 2001 bei der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes die Sternchenwidmung korrigiert werden. Dies wurde den Eltern und Vorbesitzer der Liegenschaft mitgeteilt, allerdings nicht schriftlich. Aufgrund der Grünlandwidmung konnte eine Bauplatzbewilligung nicht erteilt werden und der diesbezügliche Bescheid wurde beeinsprucht und gleichzeitig auch die Flächenwidmung. Das Verfahren ist vorerst beim Landesverwaltungsgerichtshof ruhend gestellt und es wurde ein neuerliches Stellungnahmeverfahren für die Umwidmung eingeleitet. In der neuerlichen Stellungnahme der Raumordnungsabteilung des Landes Oberösterreich wird zur gegenständlichen Änderung festgestellt:

„Die beabsichtigte Umwidmung wurde bereits einmal unter der Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 5.8 zur fachlichen Vorprüfung vorgelegt. Es haben sich aus fachlicher Sicht jedoch keine geänderten Voraussetzungen ergeben, weshalb die damals abgegebene Stellungnahme der Örtlichen Raumordnung vom 08. Mai 2008 nach wie sinngemäß gilt (siehe Beilage). In dieser Stellungnahme von 8. Mai 2008 wird u.a. ausgeführt:

„Wesentliche Kriterien für die Zulässigkeit einer Widmung als „bestehendes Wohngebäude im Grünland“ sind

Rechtmäßige Baubewilligung,
erhaltungswürdiger Bauzustand,
traditionelle Wohnfunktion und
nicht land- und forstwirtschaftlicher Ursprung.

Nach durchgeführtem Lokalaugenschein am 06.05.2008 ist aus fachlicher Sicht festzuhalten, dass Das Objekt nach den Darstellungen der Gemeinde seit mehr als 15 Jahren nicht mehr bewohnt ist, der Bauzustand des Objektes als nicht erhaltungswürdig anzusehen ist und das äußere Erscheinungsbild des Bauzustandes (Kleingebäude) einen land- und

forstwirtschaftlichen Ursprung vermuten lässt.

Aus ho. fachlicher Sicht wird daher keine Möglichkeit gesehen, das bestehende Objekt als „bestehendes Wohngebäude im Grünland“ auszuweisen.

Eine Kopie der Stellungnahme wurde Herrn Markus Huber am 09.06.2015 ausgehändigt.

Auch hier trifft zu, dass das Grundstück über einen Anschluss an die Ortswasserleitung verfügt und im Nahbereich sich eine Haltestelle für den öffentlichen Verkehr befindet. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Liegenschaft an den öffentlichen Kanal anzuschließen.

Der tägliche Bedarf an Lebensmittel kann auch im Ortszentrum nicht ausreichend gedeckt werden und es werden die Supermärkte der Nachbargemeinden Bad Hall und Wartberg/Krems frequentiert. Es ist also eine Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr für die Bevölkerung von Pfarrkirchen unabhängig vom peripheren Bereich oder im Ortszentrum gegeben.

Weitere soziale Dienste müssen aufgrund der bestehenden Siedlung (Mosersiedlung) bereits organisiert und der Bedarf gedeckt werden. Es entstehen also keine Mehrkosten für die Altenbetreuung, Kindergarten- und Schulfreifahrt.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass entgegen dem Ergebnis des Vorverfahrens die Liegenschaft Sturmbergerstraße 2 als Sternchenbau ausgewiesen werden soll, wobei die in der Dabatte angeführten Gründe nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen.

GVM. Knogler:

Wir haben im Amtsvortrag stehen, dass dies den Eltern mitgeteilt wurde, aber nicht schriftlich. Ist es nun mitgeteilt worden, oder nur vermutlich.

Bgm. Plaimer:

Das lässt sich leider nicht belegen. Herr Gruber weiß das, weil er im Haus dort war und weil er es dort so besprochen hat. Ob das nun beweisfähig ist oder nicht, will ich jetzt nicht diskutieren. Rein aus der Gesprächssituation heraus ist es auch so mitgeteilt worden. Das geht so aus den Unterlagen hervor.

GVM. Knogler:

Geht das so an das Land auch.

Bgm. Plaimer:

Ja, so wie wir das jetzt behandelt haben. Rechtlich, und das weiß man, war es ein Versäumnis, weil nachweislich keine schriftliche Verständigung erfolgte. Aber das ist der Zusatz. Es wurde mündlich mitgeteilt. Das hat aber keine rechtliche Relevanz. Es wurde besprochen, aber rechtlich relevant ist es nicht, weil rechtlich relevant ist nur eine nachweislich schriftliche Verständigung und die ist nicht erfolgt.

GVM. Knogler:

Bei der Umwidmungsangelegenheit Lichtenberger hat man beim Amtsvortrag einen Text eingefügt, wg. der möglichen Absiedelung einer jungen Familie. Vielleicht könnte man diese Textpassage auch einfügen.

Ausserdem ist Herr Markus Huber auch Kommandant-Stv. der Feuerwehr, was für die Gemeinde auch nicht unwichtig ist. Auch ist nicht vermerkt, dass die Gemeinde zusätzliche Einnahmen aus der Wasser- und Kanalgebühr bekommt. Alles was zu einer positiven Erledigung beitragen kann, soll angeführt werden.

Bgm. Plaimer:

Wir werden diesen Satz noch einfügen.

Alles was die Personen ehrenamtlich mache, hat keine rechtliche Relevanz. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise ist natürlich einzubeziehen.

GVM. Kahr:

Wir sind dafür, aber wir möchten anmerken, es ist zwar ein bisschen anders gelagert wie beim Lichtenberger, aber da ja auch der Kanal auch dann da oben liegt, möchten wir als Bedingung stellen, dass dieses Haus dann auch an den Kanal angeschlossen werden muss, weil es gibt ja eine 50 m Grenze für die Anschlusspflicht.

Bgm. Plaimer:

Aus heutiger Sicht gibt es ein bewilligtes Sanierungskonzept, wo der Kanalanschluss vorgesehen ist. Die Kanalplanung geht auch in die Richtung, dass der Kanal über die Wartberger-Landesstraße quert.
GRM. Dipl.-Ing. Deimek:

Wir wollen das schriftlich festgelegt haben, dass dann nicht nach 50 Jahren einer sagt, dass haben wir mündlich ausgemacht, aber geschrieben hat es keiner.

Bgm. Plaimer:

Man darf die raumordnerischen Agenden nicht mit dem Bauagenden vermischen, d.h. Bausache ist Bausache und hier geht es um eine raumordnerische Geschichte, dass wir dieses Sternchen kriegen. Herr Gruber, bitte tu mich berichten, im bewilligten Sanierungskonzept ist der Kanalanschluss vorgesehen.

Herr Gde.Beamter Gruber: Im Baubewilligungsverfahren wurde sichergestellt, dass die Abwässer auf den landwirtschaftlichen Flächen seines Bruders entsorgt werden können.

Bgm. Plaimer:

In der Planung für die Kanal „Mosersiedlung“ ist der Anschluss für die Liegenschaft „Sturmbergerstr. 2“ klar vorgesehen und wir werden den Kanal auch so machen, wie er vorgesehen ist.

Bgm. Plaimer:

Die Wasseranschlussgebühr ist bereits bezahlt.

GRM. NR Dipl.-Ing. Deimek:

Das heißt resultierend: Beide Teile dieser Vereinbarung wissen davon. Wenn er gescheit ist, richtet er sich so, dass das kommt. Es hat ja schon Gemeindeglieder gegeben, die haben eine wunderbare Senkgrube gebaut, die dann mit lautem Geschrei an den Kanal anschließen mussten.

Bgm. Plaimer:

Da sagst du mir nichts Neues. Das ist mir auch passiert. Das ist zwar schon 30 – 35 Jahre aus.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass entgegen dem Ergebnis des Vorverfahrens die Liegenschaft Sturmbergerstraße 2 als Sternchenbau ausgewiesen werden soll, wobei die in der Debatte angeführten Gründe nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen.

TOP 2) Vertrag mit Fa. Schmidt, Gebäudereinigung, 4910 Ried/Innkreis – Kündigung;

Bericht: Bgm. Plaimer

Aufgrund des GR-Beschlusses vom Dez. 2013 wurde die Reinigung des Gemeindeamtsgebäudes ab Jänner 2014 an die Fa. Schmidt, 4910 Ried im Innkreis, vergeben.
(Siehe Werkvertrag vom 9. Dez. 2013)

Dieser Vertrag mit Jahresende gekündigt werden, da bei der Einstellung einer eigenen Reinigungskraft mehr Flexibilität gegeben erscheint.

In der GV-Sitzung wurde jedoch auch das Problem der Vertretung bei Urlaub und Krankenstand angesprochen. Es ist daher bis zur definitiven Vertragskündigung bis 30. Sept. 2015 noch eine Lösung herbeizuführen. Außerdem sollen noch die Kosten zwischen der Vergabe der Reinigungsarbeiten und der Anstellung einer eigenen Reinigungskraft verglichen werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge den Vertrag mit der Fa. Schmidt-Reinigung, 4910 Ried, mit Jahresende 2015 kündigen.

Nach einigen Gesprächen mit MitarbeiterInnen im Gemeindeamt ist man nicht unbedingt glücklich mit der Situation die wir derzeit haben. Wenn wir wieder die Möglichkeit finden, eigenes Personal zu bekommen, schlage ich vor, dass wir dieses auch annehmen. Da wir aber rein von den

Kündigungsfristen her, 3 Monate vor Jahresende den Vertrag kündigen müssen, hätte ich gerne, dass wir heute einen Beschluss fassen, einen sog. Vorsorgebeschluss. Wir müssen dann schauen, wie das personell ausschaut. In der Gemeinderatssitzung haben wir noch das Problem der Urbaubs- und Krankenstandsvertretung angesprochen. Es ist daher bis zur definitiven Vertragskündigung bis 31.12.2015 noch eine Lösung herbeizuführen. Wir haben im Sept. noch eine Vorstandssitzung, wo wir uns mit diesem Thema beschäftigen können. Ausserdem sollen noch die Kosen für die Vergabe der Reinigung an eine Firma und die Anstellung einer eigenen Reinigungskraft verglichen werden. Der Amtsleiter hat mir eine Berechnung angestellt, im Prinzip gibt es keine großen Differenzen zwischen den Kosten von 2014 und mit den Kosten, die wir 2013 gehabt haben. Wir reden da von ca. 9.000,-- plus/minus € 500,--, je nach Betrachtungsweise. Beim Kostenvergleich stehen für 2103 10 Wochen Urlaub, der jedoch nicht allein aus dem Jahr 2013 zusteht. Die Vertretungsregelungen kennen wir, das ist in der Schule auch immer schwierig gewesen. Frau Anna Pichlbauer hat das dankenswerterweise gemacht, ich weiß jetzt aber nicht, ob sie weiter zur Verfügung steht.

GRM. Kahr:

Wir haben bei der Fa. AGRU, Werk 1, auch eine Reinigungsfirma gehabt und jetzt wieder Reinigungsdamen fix angestellt, weil diese flexibler agieren können.

Bgm. Plaimer:

Die Flexibilität ist das Thema, das mir abgeht, weil man einfach nicht sagen kann, heute tust du nicht reinigen, weil heute ist noch was und dafür machst du morgen etwas zusätzliches, was auch notwendig ist. Ich kenne das von meiner Firma. Vor 40 Jahren haben wir auch eine Reinigungskraft gehabt und diese Damen haben die Bank fast als ihr Eigenheim betrachtet, die waren so pingelig und so genau, was bei Firmen einfach nicht geht, weil der Faktor Zeit nicht gegeben ist. Die haben ein Zeitfenster, wo das einfach geschehen muss. Wir haben das heute gesehen, wenn wir ein eigenes Personal gehabt hätten, hätten wir gesagt, heute ist GR-Sitzung und es soll dafür morgen in der Früh geputzt werden. Das funktioniert da nicht, weil da haben sie eine Stelle, dort haben sie eine Stelle und damit sind sie eingeteilt.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass der Vertrag mit der Fa. Schmidt-Reinigung, 4910 Ried, mit Jahresende 2015 gekündigt wird.

TOP 3) Gemeindekooperationen Kurbezirk Bad Hall – Grundsatzbeschluss;

Bericht: Bgm. Plaimer

In der letzten GR-Sitzung wurde der GR-Beschluss betreffend die Kooperation SE-Nord aufgehoben und mit den Gemeinden des Kurbezirks (Adlwang, Bad Hall, Rohr, Waldneukirchen und Pfarrkirchen) wieder Verhandlungen betreffend Gemeindekooperationen Kurbezirk Bad Hall betreffend Bauamt und Standesamt aufgenommen.

Gemeindeverwaltungskooperationen Kurbezirk Bad Hall:

Auf Ebene der Kurbezirksgemeinden einschließlich Rohr und Waldneukirchen gibt es den Wunsch auf Zusammenarbeit dieser 5 Gemeinden. Konkret hat Bürgermeister Herbert Plaimer von der Gemeinde Pfarrkirchen dies zur Diskussion gebracht. Die Gemeinde Pfarrkirchen hat z.B. in absehbarer Zeit Bedarf im Bauamt und wird vorgeschlagen, diese Stelle entweder neu auszuschreiben, oder in einer Gemeindekooperation das Bauamt durch die Stadtgemeinde Bad Hall zu erledigen, wenn diese dazu auch bereit ist.

Grundsätzlich kann man sich ein gemeinsames Bauamt vorstellen, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass

- a) nicht für alle 5 Gemeinden gleichzeitig das gemeinsame Bauamt eingerichtet wird, sondern in Etappen, wie z.B. für die Gemeinde Pfarrkirchen ab 1. Jänner 2017, die Gemeinden Adlwang und Waldneukirchen ab 2018 usw.

b) dies rechtlich in einer einwandfreien Konstruktion in Form einer Verwaltungsgemeinschaft gemäß § 13 der OÖ. Gemeindeordnung, Gemeindeverband nach den Bestimmungen des OÖ. Gemeindeverbandsgesetzes, oder auch anderer rechtlicher Konstruktion, erfolgt.

c) nach dem Modell „Baurechtsverwaltung – Region Vorderland“ in Vorarlberg vorgegangen wird. Änderungen und Modifizierungen sind möglich.

Folgende Chancen werden dadurch gesehen:

- einheitlicher Gesetzesvollzug und dadurch Rechtssicherheit
- Qualität der Dienstleistung steigt
- fachliche Unterstützung für Bauherren wird verbessert
- Stärkung der Region
- gleiche Voraussetzung für alle Bauwerber in der Region
- gemeindeübergreifende Betrachtungsweise in Raumplanungsfragen
- Bauämter bzw. Bürgermeister werden von baurechtlichen Belangen entlastet
- mehr Bürgerservice

Aufgaben der künftigen Baurechtsverwaltung:

- sämtliche Agenden des Baugesetzes sowie der hierzu ergangenen Verordnungen
 - Bescheide für Wasseranschluss und Kanalanschluss
 - Bescheide bei Ausnahmen von den Abstandsvorschriften nach dem Straßengesetz
 - Adress-GWR-Erfassung
- etc.

Rechtliche Ausgestaltung der Baurechtsverwaltung (gemäß Beispiel Region Vorderland):

- Organisationsform einer Verwaltungsgemeinschaft
- BRV hat selbst keine Rechtspersönlichkeit
- Bürgermeister bleibt Baubehörde in erster Instanz
- Leiter der BRV kann Befugnisse erhalten, für den Bürgermeister Entscheidungen und Verfügungen zu treffen (Unterschriftsbefugnis)
- sämtliche Schriftstücke werden im Auftrag des jeweiligen Bürgermeisters vom Leiter unterzeichnet (sofern er dazu vom Bürgermeister ermächtigt wird)

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge grundsätzlich beschließen, dass das oben angeführte Kooperationsmodell der Gemeinden des Kurbezirks Bad Hall angenommen und umgesetzt werden soll.

Bgm. Plaimer:

Die Stadtgemeinde Bad Hall hat diesen Beschluss bereits gefasst, das hat mir Bgm. Ruf mitgeteilt. Von den anderen Gemeinden weiß ich das nicht genau. Wir haben in der letzten Besprechung auf Vorschlag der Amtsleiter folgende Vorgangsweise festgelegt, dass in den jeweiligen Partnergemeinden entsprechende Grundsatzbeschlüsse gefasst werden. Wenn diese Beschlüsse gefasst sind gibt es voraussichtlich am 14. Juli die nächste Runde der Gespräche mit den Bürgermeistern, Amtsleitern und Bauamtsleitern. Damit die Dinge, die wir brauchen besprochen werden. Wie gehen wir weiter vor, wie schaut es mit der Kostenaufteilung aus, entsprechende Modelle gibt es bereits, sodass wir 2016 die Voraussetzungen schaffen, damit es möglich wird, dass wir mit 1.1.2017 diese Dinge umsetzen. Was wir brauchen in Pfarrkirchen ist die Sicherheit, dass wir entweder das eine haben oder wir müssen uns in der nächsten Periode relativ rasch damit auseinandersetzen wie wir die Nachfolgepersonal aufnehmen und einstellen, weil da drängt die Zeit. Das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten beraten.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass das oben angeführte Kooperationsmodell der Gemeinden des Kurbezirks Bad Hall angenommen und umgesetzt werden soll.

TOP 4) Bausache Ernst Hiesmayr, Ranwallnerstraße 43 – Berufung gegen die nachträgliche Baubewilligung zur Erweiterung der bestehenden Bienenhütte;

Bgm. Plaimer nimmt an der Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Bericht: Vbgm. Alfred Jungwirth

Herr Ernst Hiesmayr, wh. in Pfarrkirchen bei Bad Hall, Gürtlbauerstraße 43, hat im Jahre 2002 die Baubewilligung für die Errichtung einer Bienenhütte erhalten.

Im November 2008 wurde um die nachträgliche Baubewilligung für die konsenslose Erweiterung und Sanierung der bestehenden Hütte angesucht. Im agrarfachlichen Gutachten des Amtssachverständigen des Amtes der OÖ. Landesregierung vom Juli 2009 wird abschließend zusammenfassend ausgesagt, dass aus agrarfachlicher Sicht mangels Bestehens eines Landwirtschaftsbetriebes die Erweiterung des Baubestandes im Sinne des ROG nicht nötig ist. Ebenso kommt der Amtssachverständige im Gutachten vom Februar 2010 abschließend und zusammenfassend zum Schluss, dass aus landwirtschaftlicher Sicht kein betrieblich landwirtschaftlicher Bedarf an einer baulichen Erweiterung des bestehenden Wirtschaftsgebäudes gegeben ist.

In der Folge wurde kein Abbruchbescheid erlassen, sondern versucht in dieser Angelegenheit doch noch eine positive Lösung zustande zu bringen.

Im Jänner 2013 kam es zu einer neuerlichen Begehung vor Ort um zu einer endgültigen Lösung zu kommen.

Auf den beiliegenden Aktenvermerk vom 17.01.2013 wird hingewiesen.

Mit Oktober 2013 wurde ein neuerliches agrarfachliches Gutachten erstellt und ausgesagt, dass

1. der imkereilich genutzte Bereich (gelb) bei konzeptgemäßer Aufstockung des Bienenstandes auf rund 60 Vollvölker als nötig zu bezeichnen ist. Für den derzeitigen Bienenhaltungsumfang sind rund 50 m² Nutzfläche ausreichend.
2. Die grün/blau dargestellten Räumlichkeiten sind betrieblich bei konzeptgemäßer Eigenbewirtschaftung der gesamten Liegenschaft als nötig anzusehen.
3. Jene Anlagen, welche im Rahmen der Freizeitwirtschaft genutzt werden, sind agrarfachlich nicht nötig.

Im zitierten Gutachten wird der Nachweis einer derartigen Bienenhaltung (rund 60 Vollvölker) in der Regel über die Feststellung des Einheitswertes und daraus abgeleitet betrieblicher Aufzeichnungen erfolgen. Weiters ist ein eigener Sanitärbereich mit Dusche agrarisch und imkereilich nicht erforderlich, die WC-Anlage ist Altbestand.

Von Herrn Hiesmayr wurde eine Hygienische Stellungnahme bezüglich einer Duschköglichkeit vorgelegt. Wesentlich erscheint darin die Aussage: „Die Imkerei wird den Lebensmittelbetrieben zugeordnet und sind regelmäßige Kontrollen durch die Lebensmittelaufsichtsorgane mit Probenziehung die Realität. Tatsache ist, dass der hygienische Ablauf der Gewinnung und Bearbeitung der Produkte im Sinne eine EU Richtlinie nach den HACCP Grundsätzen zu erfolgen hat. Eine ausreichende, umfassende Körperhygiene ist verpflichtend und kann diesbezüglich am besten mittels einer Duschgelegenheit nachgekommen werden.“

Die Baubehörde war ursprünglich der Ansicht, dass dem agrarfachlichen Gutachten des Amtssachverständigen zu folgen ist und daher der Einbau einer Duschgelegenheit nachträglich nicht

bewilligt werden kann. Die Dusche wird in den Einreichunterlagen als Bestand dargestellt, es liegt aber keine Bewilligung hierfür vor.

Im Bewilligungsplan 2002 ist ein WC und eine Abwäsche dargestellt. Auch im Befund des Bausachverständigen befindet sich kein Hinweis auf eine Duschgelegenheit.

Die Stellungnahme des gerichtlich beideten, zertifizierten Sachverständigen Anton Reitingner für das Fachgebiet Zucht und Handel mit Bienen, Wachs und Honig, spricht lediglich von einer umfassenden Körperhygiene, die am besten mittels Duschgelegenheit nachgekommen werden kann. Der Schluss daraus ist, dass eine Duschgelegenheit eben nicht erforderlich ist und somit kein Widerspruch zum Gutachten des Amtssachverständigen besteht.

Außerdem wurde eine Pergola errichtet, die nicht Gegenstand des Bauverfahrens war. Diese ist ebenfalls entsprechend dem agrarfachlichen Gutachten nicht erforderlich.

Ohne Einholung eines Rechtsgutachtens wurde von der Baubehörde 1. Instanz entschieden, dass die Dusche nachträglich zu bewilligen sei und hat auch entsprechend dem agrartechnischen Gutachten bescheidmäßig aufgetragen, dass jene Teile, welche im Rahmen der Freizeitwirtschaft genutzt werden (wie im Gutachten angeführt Pergola, Steg, Mobilar, Gartensessel u. dgl.) nicht nötig und daher zu entfernen sind.

Als Nachweis der Eigenbewirtschaftung wurde gefordert, eine Kopie des Mehrfachantrages an die AMA vorzulegen und in späterer Folge auf Verlangen der Baubehörde.

Vertreten durch RA Dr. Herbert Hubinger hat Herr Ernst Hiesmayr gegen den Bescheid der Baubehörde 1. Instanz vom 15.04.2015, Zl. 131-9-1430/2-2015 fristgerecht berufen.

Wie in der Berufungsschrift ausgeführt, richtet sich die Berufung ausschließlich gegen den Punkt II. 2. des Bescheides, der wie folgt lautet:

2. Das Gutachten des Sachverständigen für Agrar (Agrar-163152/17-2013-Ag/Hö) sowie die hygienische Stellungnahme des gerichtlich beideten Sachverständigen f. Bienen vom 31.01.2015 bilden Grundlage und Bestand des Bescheides.

Entsprechend dem agrartechnischen Gutachten sind jene Teile, welche im Rahmen der Freizeitwirtschaft genutzt werden (wie im Gutachten angeführt Pergola, Steg, Mobilar, Gartensessel u. dgl.) nicht nötig und daher zu entfernen.

Als Nachweis der Eigenbewirtschaftung ist eine Kopie des Mehrfachantrages an die AMA vorzulegen und in späterer Folge auf Verlangen der Baubehörde.

Bezüglich der weiteren Vorgangweise wurde der OÖ. Gemeindebund um Rechtsberatung ersucht und es wird vorgeschlagen:

Wenn Teile, die in der Natur bestehen (Pergola etc) im eingereichten Plan nicht aufscheinen (so wird das in der Berufung dargestellt), dann sind sie auch nicht Gegenstand des Bewilligungsverfahrens. Wenn das der Fall sein sollte, wäre der entsprechende Punkt aufzuheben und die Angelegenheit zuständigkeithalber dem Bürgermeister als Behörde 1. Instanz zur Einleitung eines entsprechenden baupolizeilichen Verfahrens zuzuweisen.

Die Eigenbewirtschaftung ist eine nach dem agrartechnischen Gutachten eine Voraussetzung für die Erteilung der Bewilligung. Neben den empfohlenen Nachweis ist dazu nach Aussage des Gutachters insbesondere eine Auflösung der Pachtverträge erforderlich. Diese Nachweise wird man im Rahmen eines ergänzenden Ermittlungsverfahrens im Berufungsverfahren einholen müssen. Sollte die Eigenbewirtschaftung nicht nachgewiesen werden, wäre die Bewilligung durch den Gemeinderat in eine Abweisung des Bauansuchens umzuändern.

Der Nachweis der Eigenbewirtschaftung (wie z.B. AMA-Antrag) sowie der Nachweis über die Auflösung der Pachtverhältnisse sind im Bauakt nicht vorhanden, daher ist das Ermittlungsverfahren zu ergänzen.

Weiters ist nicht rechtlich abgesichert, dass der Einbau einer Dusche erforderlich ist. Lt. agrartechnischem Gutachten **ist** eine Dusche **nicht erforderlich**. Aber auch das Gutachten des gerichtlich beeideten Sachverständigen lässt die Erforderlichkeit offen und spricht lediglich davon, dass eine ausreichende, umfassende Körperhygiene verpflichtend ist und **kann** diesbezüglich am besten mittels einer Duschgelegenheit nachgekommen werden. Ob nun dem agrartechnischen Gutachten aufgrund seiner Schlüssigkeit zu folgen ist oder der schriftlich empfehlenden Stellungnahme des gerichtlich beeideten Sachverständigen Folge geleistet werden kann, wird letztlich durch eine Rechtsauskunft beim Amt der OÖ. Landesregierung noch zu klären sein.

Weiters wurde von der Bausachverständigen nicht mehr überprüft, ob eine Übereinstimmung der notwendigen Flächen, wie im agrartechnischen Gutachten beschrieben, gegeben ist.

Nachdem dieser Beratungspunkt in der GR-Sitzung vom 22.05.2015 von der Tagesordnung wg. Klärung weiterer Fragen abgesetzt wurde, wurde nochmals der Gemeindebund um Rechtsberatung ersucht.

In der **Ticketbeantwortung** vom 26.05.2015 führt der Jurist des OÖ. Gemeindebundes aus:

Nach nochmaliger Prüfung der Rechtslage ist festzuhalten, dass die Berufung des Antragstellers (anders ist das bei einer Nachbarberufung) der Berufungsbehörde grundsätzlich die Möglichkeit und Pflicht zur nochmaligen Gesamtprüfung gibt. In seiner Entscheidung vom 21.10.2004, Zl. 2003/07/0105 hat der VwGH wie folgt festgestellt:

(Zitat)

Die Prüfungsbefugnis der Berufungsbehörde ist nach dem AVG nicht auf die geltend gemachten Berufungsgründe beschränkt. Die Berufungsbehörde hat aus Anlass der Berufung die Sache ebenso wie die Behörde erster Instanz nach allen tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkten neu zu überprüfen und sodann ihre Berufungsentscheidung zu fällen, ohne auf jene Gesichtspunkte beschränkt zu sein, die in der Berufung vorgebracht wurden. Demgemäß kann sie den Bescheid nach jeder Richtung abändern. Grenzen sind ihr dabei nur einerseits durch den allfälligen Eintritt einer Teilrechtskraft, durch eine allfällige Einschränkung des Mitspracherechtes des Berufungswerbers und im Verwaltungsstrafverfahren durch das Verbot der reformatio in peius (Veränderung – Verschlechterung- belastender gestalten) gezogen.

(Zitat Ende)

Im vorliegenden Fall - und das habe ich bisher nicht berücksichtigt - ist aber mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits Teilrechtskraft hinsichtlich des Spruchpunkt I. eingetreten (Bewilligung ist also - auch wenn möglicherweise iZm dem agrartechnischen Gutachten problematisch - bereits rechtskräftig erteilt).

Damit kann nur noch der bekämpfte Spruchpunkt II.2. geprüft werden. Wenn dieser - wie bereits dargestellt - vom beantragten Projekt nicht mit erfasst ist (was der Fall zu sein scheint), wird man diesen Punkt ersatzlos aufheben müssen.

(Ende der **Ticketbeantwortung**)

Auch das Amt der OÖ. Landesregierung erklärt, Ihre Anfrage betrifft einen konkreten Einzelfall. Die gestellten Fragen wurden von uns auch schon jedenfalls zum Teil beantwortet und sind auch nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Wir ersuchen Sie um Ihr Verständnis, dass wir Sie insofern zwecks weiterer Rechtsberatung an den **Oö. Gemeindebund** verweisen müssen.

In einem Telefonat wurde vom Juristen der Baurechtsabteilung des Landes mündlich erklärt, dass Teilrechtskraft eingetreten ist.

Entsprechend der Stellungnahme des Gemeindebundes ist höchstwahrscheinlich Teilrechtskraft eingetreten, sodass der gegenständliche Baubescheid nicht mehr in seiner Gesamtheit überprüft

werden kann. Bezüglich des Abbruches der Pergola und der Vorlage des AMA Antrages wird der Bescheid zu korrigieren sein.

Der Bürgermeister wird in einem gesonderten Verfahren die Beseitigung der Pergola aufzutragen haben.

Antrag:

Der Vizebürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge aufgrund der mit hoher Wahrscheinlichkeit eingetretenen Teilrechtskraft, wodurch der Baubescheid der Baubehörde 1. Instanz nicht mehr geprüft werden kann, dem Antrag des RA Dr. Hubinger in der Bausache Hiesmayr statt geben und den Punkt II 2 ersatzlos streichen.

Hingewiesen wird, dass sich die Baubehörde 1. Instanz hinsichtlich der Pergola, noch mit der Prüfung des Antrages zu befassen haben wird.

GRM. NR Dipl.-Ing. Deimek:

Grundsätzlich finde ich positiv, dass der Antrag, zumindest diese Formulierung wo es im landwirtschaftlichen Teil geht zu einem positiven Ende kommt. Grundsätzlich ist zu dieser längeren Geschichte zu sagen, wir sind in schwierigen komplexen Zeiten anscheinend. Das fängt bei der Gesetzgebung an, wo man pauschalierte Unternehmen hat, die über Nacht eine Registrierkassenpflicht und Sonstiges kriegen und sich andere gesetzliche Bestimmungen so rasch ändern, dass man heute als Beamter fast nichts mehr entscheidet, sondern die Hände in die Höhe tut und sagt, ich tue nichts, denn da könnte ich einen Fehler machen. Wäre voll zu verstehen, wenn das so ist. Gleichzeitig ist durch die Besonderheit, jetzt sage ich ein Imker mit vielen Völkern, da ist selbst offensichtlich der Gutachter und die Landwirtschaftsseite überfordert, weil die Bienen keine Schweinderl sind, die man so fesch abzählen kann, weil aber die Menge, die erwirtschaftet wird, doch ganz hoch ist, eine AMA-Förderung gibt es wieder nicht, das ist ja völlig unerlaubt, dass da einer um eine Förderung ansucht, vielleicht gibt es auch keine Förderung. Wir haben uns schon in unseren gesetzlichen Rahmenbedingungen in einen Bereich hineinmanövriert, wo man sagt Hausverstand und Handshake, der dann auch gilt, ist weit entfernt und das ist ein Szenario, wenn dann alle Beteiligten kleine Fehler machen, dann kommt genau so etwas heraus. Ohne jetzt irgendwelche Schuld zuzuschieben, weil das im Nachhinein eh nichts bringt, konsenslose Bauten sind halt „hatschert“, das nützt nichts. Alles andere ist mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen reichlich komplex. Ich habe mir dieses Schreiben, diese Sachverhaltsdarstellung vom 15.4. durchgelesen, das hat auch einen gewissen humoristischen Wert, was da drinnen ist und wenn man dann nur mehr Rechtsanwalt verso Land OÖ kommuniziert, dann sind wir am Ende der guten Gemeinde angelangt. So gesehen freut es mich, dass wir zumindest das haben auch wenn sich Rechtsanwalt, Gemeindebund und alle möglichen zusammengekommen ist, dass man zumindest den landwirtschaftlichen Bereich positiv abhaken kann und ich bin mir sicher, dass mit guten Gesprächen und einer Kommunikation, einer spricht und der andere hört zu und dann spricht der andere und der eine hört zu, dass man auch beim restlichen Teil zu einer gütlichen Einigung kommt.

GVM. Knogler:

Ich bin da schon der gleichen Meinung, wir waren unten und haben uns das angeschaut. Ich verstehe manches nicht, ich verstehe nicht warum die Pergola weg müsste, weil ein bisschen Schatten bei der Arbeit wäre ja ganz gut. Grundsätzlich eine Frage habe ich jetzt noch. Was haben Sessel in einer Baubewilligung verloren? Eine Bewilligungsgeschichte, ich kann einen Sessel heute da hin stellen und morgen da. Das steht bitte da drin und was ist bitte eine Freizeitbewirtschaftung?

Ich habe mit meiner Frau und ein paar Freunden diskutiert, in Zukunft müssen wir vielleicht den Sitz herausnehmen weil man dort nicht sitzen darf. Ich bin ehrlich da manchmal ein bisschen verwundert.

GRN. NR Dipl.-Ing. Deimek:

Es ist schade, dass heute der Jagdausschussobmann nicht da ist, die Jäger haben immer so Dreibeine mit. Wir sollten das in Zukunft beim Ausgang prüfen, ob das baurechtlich in Ordnung ist.

GRM. Edward Daubner:

Ich finde es sehr interessant, dass man hier Stellungnahmen von Spezialisten offensichtlich, die keine Sachverständigen sind, hält man sich daran zumindest ich mache das so, weil der wird das wissen,

weil der ist Sachverständiger. Ich bin aber jetzt 49 Jahre alt, bin kein Sachverständiger, kenne aber den Begriff Sessel, so wie der Wolfgang es angesprochen hat und wundere mich, dass genau diese Spezialisten den Begriff Sessel Wert finden, dass da hineinzuschreiben und vice versus muss ich dann sagen, wenn ich dann das ganze Gutachten ein bisschen anzweifle oder ich kann es nicht für ganz voll nehmen.

Vbgm. Jungwirth:

Diese Pergola ist für mich kein Thema, Sessel oder Steg, weiß ich nicht, ob das großartig etwas mit Freizeit zu tun hat. Aber wenn die Sachverständigen das so sehen, das sind die Rechtsgelehrten, dann werden wir da nichts anderes sagen. Was ist aber wichtig ist, ist der landwirtschaftliche Bereich mit der Dusche dann ist für mich schon klar, wenn ich dort arbeite, ist für mich eine Duschgelegenheit schon notwendig.

GRM. Edward Daubner:

Ich finde auch, dass es gut ist, wenn man eine Dusche hat, aber im Umkehrschluss muss man dann sagen, jeder der 3 Bienenstöcke hat, müsste dann eine Dusche dazu machen. Das kann man auch nicht verlangen. Es ist lässig, wenn man eine hat, aber man kann es auch nicht vorschreiben.

Beschluss:

Der Antrag des Vizebürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass der Gemeinderat aufgrund der mit hoher Wahrscheinlichkeit eingetretenen Teilrechtskraft, wodurch der Baubescheid der Baubehörde 1. Instanz nicht mehr geprüft werden kann, dem Antrag des RA Dr. Hubinger in der Bausache Hiesmayr statt gibt und den Punkt II 2 ersatzlos streicht. Hingewiesen wird, dass sich die Baubehörde 1. Instanz hinsichtlich der Pergola, noch mit der Prüfung des Antrages zu befassen haben wird.

TOP 5) Sanierung der Fassade beim Schulturnsaal Pfarrkirchen – Auftragsvergabe;

Bericht: Bgm. Plaimer

Noch im Sommer bzw. im Herbst dieses Jahres soll noch die Fassade des Schulturnsaales saniert werden. Die Arbeiten wurden vom Arch.Büro Dipl.-Ing. Kroh&Partner, Linz, ausgeschrieben. Das Land OÖ. hat das Bauvorhaben aufgrund des Erlasses auf Kostendämpfung überprüft.

Aufgrund der Ausschreibung sind beim Gemeindeamt Pfarrkirchen 3 Anbote eingegangen und im Arch.Büro Dipl.-Ing. Kroh & Partner, Linz, 1 Anbot.
(Siehe Anbotseröffnungsprotokoll vom 12. Juni 2015)

Die Anbot wurden vom Büro Kroh & Partner, Linz, überprüft und der Gemeinde Pfarrkirchen wurde ein Angebotsübersicht und ein diesbezüglicher Vergabevorschlag übermittelt.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Arbeiten zur Fassadensanierung des Turnsaales an die Fa. Mayr Bau, Steyr, zum Preis von € 33.819,77 vergeben werden sollen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass die Arbeiten zur Fassadensanierung des Turnsaales an die Fa. Mayr Bau, Steyr, zum Preis von € 33.819,77 vergeben werden.

TOP 6) Heidbauern-Zufahrtsstraße – Übernahme in das Öffentliche Gut;

Bericht: Bgm. Plaimer

Die Heidbauern-Zufahrtsstraße führt zu den Häusern „Heidbauer“, Obermayr und Maurerbaur mit insgesamt ca. 13 Wohneinheiten und steht derzeit noch im Eigentum von Herrn Ali Kayaaslan, Heidbauernstraße 2.

Die Interessenten wollen im Zuge der Staubfreimachung des Reststückes der Heidbauernstraße, Parz.Nr. 502/1 KG. Feyregg, ihre private Zufahrtsstraße ebenfalls staubfrei machen und haben sich in einer Besprechung vom 5. Juni 2015 zur Leistung von finanz. Beiträgen verpflichtet.

Nach der Staubfreimachung soll die Privatstraße ins Öffentliche Gut übertragen werden.

Der Grundeigentümer, Herr Ali Kayaaslan, hat mit Schreiben vom 17. Juni 2015 der Gemeinde angeboten, dass diese wichtige Zufahrtsstraße nach erfolgter Staubfreimachung ins Öffentl. Gut der Gemeinde Pfarrkirchen übertragen werden kann, wobei die Vermessung sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung durch die Gemeinde Pfarrkirchen erfolgen soll.

Die Staubfreimachungsarbeiten durch die Fa. Vialit, Braunau, sind in der Zwischenzeit bereits erfolgt.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Haidbauern-Zufahrtsstraße in einer Breite von rd. 3,5 m und einer Länge von rd. 130 lfm ins Öffentl. Gut der Gemeinde Pfarrkirchen übernommen werden soll, wobei die Kosten für die Vermessung sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung von der Gemeinde Pfarrkirchen getragen werden.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass die Haidbauern-Zufahrtsstraße in einer Breite von rd. 3,5 m und einer Länge von rd. 130 lfm ins Öffentl. Gut der Gemeinde Pfarrkirchen übernommen werden soll, wobei die Kosten für die Vermessung sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung von der Gemeinde Pfarrkirchen getragen werden.

TOP 7) Grundangelegenheit Wieseranger – Auflassung der Öffentl. Wegparzelle Nr. 501/1 KG. Möderndorf;

Bericht: Bgm. Plaimer

Im Zuge des Kanalbaues „Mosersiedlung“ war es notwendig, den Öffentlichen „Wieseranger“, Parz.Nr. 502 KG. Möderndorf zu vermessen, um sicher zu stellen, dass der Kanalstrang im Öffentl. Gut verlegt wird.

Bei dieser Vermessung hat sich heraus gestellt, dass Lage in der Mappe mit der Lage in der Natur oft nicht übereinstimmt.

Man hat die Vermessung mit den betroffenen Grundeigentümern aber so durchführen können, dass die Lage des Öffentl. Weges so vermessen wird, dass die bereits verlegte Wasserleitung sowie der geplante Kanalstrang auf öffentl. Gut zu liegen kommt.

Der Grundbesitzer Manfred Huber (Wieser) hat als einziger betroffener Grundanrainer einen Grundverlust im Ausmaß von ca. 40 – 50 m².

Im Zuge der Vermessung ist man darauf gekommen, dass vom sog. Wieseranger eine Öffentl. Wegparzelle Nr. 501/1 KG. Möderndorf in Richtung der Liegenschaft „Wieser“ abzweigt. Diese Öffentl. Wegparzelle mit ca. 900 m² beseht seit mind. 50 Jahren nicht mehr und wurde bzw. wird von den Besitzern des Wiesergutes als ldw. Fläche bewirtschaftet.

Diese Parzelle ist gem. § 1462 ABGB mit der über 40jährigen Nutzung durch die Bewirtschafter als „Ersitzung“ defakto in ihr Eigentum übergegangen.

Im Zuge der Vermessung der Öffentl. Wegparzelle (Wieseranger) soll auch gleichzeitig die Öffentl. Wegparzelle Nr. 501/1 KG. Möderndorf aufgelassen und in das Privateigentum von Herrn Manfred Huber, wh. Liendlholznerstraße 3, übertragen werden.

Herr Manfred Huber kommt der Gemeinde Pfarrkirchen auch bei der Durchführung der Kanalbauarbeiten entgegen, in dem er die notwendigen Flächen für die Abstellung der Maschinen und für die Materiallagerung bereit stellt.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass im Zuge der Neuvermessung des sog. Wieserangers für den Kanalbau „Mosersiedlung“ auch gleichzeitig die öffentl. Wegparzelle Nr. 501/1 KG. Möderndorf aufgelassen und ins Privateigentum von Herrn Manfred Huber übertragen werden soll.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass im Zuge der Neuvermessung des sog. Wieserangers für den Kanalbau „Mosersiedlung“ auch gleichzeitig die öffentl. Wegparzelle Nr. 501/1 KG. Möderndorf aufgelassen und ins Privateigentum von Herrn Manfred Huber übertragen wird.

TOP 8) Allfälliges.

a) GVM. Hütmeier:

Nachdem es heute die letzte offizielle Gemeinderatssitzung ist in dieser GR-Periode möchte ich mich namens der ÖVP-Fraktion bei allen Mitgliedern des Gemeinderates bedanken für die konstruktive Zusammenarbeit in den letzten 6 Jahren und vor allem bei denen, für die es heute die letzte GR-Sitzung ist, die sich zurückziehen. Ein herzlichen Dankeschön für deren Einsatz und für die ganzen Dinge, die wir gemeinsam erledigt haben. Uns allen wünsche ich für die Sommerferien eine schöne Zeit für die Erholung und für Herbst einen guten Start in die neue GR-Periode.

b) GRM. Heimo Kahr:

Bevor wir zum Danken kommen möchte ich noch fragen, wie schaut es aus mit dem Geländer Kirchengassl, weil es „zieht sich da sehr“.

Bgm. Plaimer: Die Gemeindearbeiter sind schon dabei das Geländer auszuformen, nur sind einige Dinge, die zu erledigen sind, noch wichtiger z.B. im Straßenbereich. Nur eines ist sicher, bis zum Winter steht das Geländer. Auch sind noch Arbeiten für die Herstellung des Schutzweges notwendig, die auch noch erledigt werden müssen.

Auch die Bushaltestellen müssen noch angepasst werden und die Wartehäuschen aufgestellt werden und die Gehsteige in Mühlgrub und für das Siedlungsgebiet „Gemeindefeld“.

GRM. Kahr:

Weiß man schon etwas vom Platzl bei der Trafostation Mühlgrub (Lattner)?

Bgm. Plaimer erklärt, dass er das schon im GV besprochen hat. Es ist notwendig noch entsprechende Suchschlitze zu machen. Der Planer hat eine vorsichtige Schätzung abgegeben, was das Kosten kann. Da sind wir bei Kosten von ca. 78.000 €.

GVM. Heimo Kahr:

Ich möchte mich auch herzlich bedanken bei allen für die gute Zusammenarbeit und hoffe, dass es so weitergeht ich möchte die Gelegenheit auch nutzen unserer Conny Danke zu sagen, denn sie hört auch auf.

c) GRM. Kornelia Haselsteiner:

Ich möchte mich auch herzlich bedanken. 6 Jahren Gemeinderat und 1 ½ Jahre als Ersatz. Ich habe mich immer recht wohl und gut aufgehoben gefühlt hier herinnen und wir haben super zusammengearbeitet, ich kenne was anderes auch. Ich bin wirklich froh, dass es hier so harmonisch abgelaufen ist und vor allem auch viel Gutes herausgekommen ist. Das ist ja wichtig für Pfarrkirchen.

d) GVM. Sieglinde Prihoda:

Es war eine tolle Zusammenarbeit in den letzten 6 Jahren. Ich wünsche dem Gemeinderat auch für die Zukunft alles Gute, auch wenn ich nicht mehr dabei sein werde.

e) Bgm. Herbert Plaimer:

Liebe Gemeinderatsmitglieder, liebe Gemeindevorstandsmitglieder, die Dankesworte für GVM. Haselsteiner spare ich mir auf, denn ich habe noch die Freude eine GV-Sitzung abhalten zu dürfen im September. Ich gehe davon aus, dass dienstbeflissen wie du bist, hoffe ich dass du daran teilnimmst, und ich bin auch der Meinung, dass wir uns auch dann noch sehen werden. Es gibt ja auch noch eine Gemeindejahresabschlussfeier.

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich gehöre diesem Hause etwa 34 Jahre an, bin in der 6. Gemeinderatsperiode und retrospektiv betrachtet ist diese letzte GR-Periode eine der angenehmsten, eine der erfolgreichsten, eine der zielgerichtetsten Perioden, die ich in diesen Jahren miterleben durfte. Das gelingt aber nur, weil wir alle und alle Fraktionen ein Ziel haben und das hat uns geeingt. Diesen guten Ton, diesen wertschätzenden Umgang miteinander ist durchaus auch vielleicht für andere Gebietskörperschaften eine empfehlenswerte Einrichtung, die wir in den letzten Jahren gefunden haben. Die Menschen in unserer Heimat waren das Ziel unserer gemeinsamen Arbeit der letzten Jahre und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir auch in meiner 7. Gemeinderatsperiode, falls ich diesem Hause dann noch angehöre, weiterhin diesen Schwung, den wir gemeinsam gefunden haben, weitertragen. Der Gemeinderat wird sich neu formieren, manche Damen und Herren werden diesem Hause nach dem 27.9. bzw. nach der Konstituierung leider nicht mehr angehören, wünsche aber all jenen, die in der nächsten Periode nicht mehr da sind für ihren weiteren Lebensweg alles Gute und die bestmögliche Gesundheit und Zufriedenheit um ein glückliches Leben zu haben.

Wir haben in den letzten 6 Jahren den Grundstein gelegt, dass auch die nächste Funktionsperiode auf diesem Fundament des Vertrauens, der Wertschätzung eine erfolgreiche Arbeit für uns und die Menschen in unserem Pfarrkirchen möglich ist und die wir auch leisten können. In diesem Sinne wünsche ich euch allen geruhsame Sommertage und freue mich, wenn wir uns nach dem 27. Sept. 2015 wieder zusammen finden, eine neue Konstituierung machen. Ich wünsche allen Fraktionen alles erdenklich Gute. Möge jeder den Erfolg haben, den er sich wünscht. In diesem Sinne alles Gute und herzlichen Dank für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Der Bürgermeister stellt fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 22. Mai 2015 keine Erinnerungen eingebracht wurden. Er erklärt sie daher für genehmigt und schließt die Sitzung.

Der Vorsitzende:

GR-Mitglieder:

Der Schriftführer:

Ohne – Mit folgenden – Erinnerungen genehmigt am:

Der Bürgermeister: